

Engagementstrategie des Bundes | Stellungnahme Verbändebeteiligung

Datum:	09.06.2023
Organisation/Verband:	Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.
Engagementbereich:	Sozialer Bereich – v.a. Einrichtungen und Angebote für Senior*innen, für Kinder und Jugendliche, für Menschen mit Behinderungen, für Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte, Gesundheitsbereich, Quartiers- und Gemeinwesenarbeit, außerschulische Jugendarbeit, Bildungsarbeit für Erwachsene, Politik und politische Interessensvertretung, lokale Vereine und Initiativen, Selbsthilfe

Die Arbeiterwohlfahrt hat als Teil der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege an der gemeinsamen Stellungnahme zur Bundes-Engagementstrategie mitgewirkt. Wir verweisen hier ausdrücklich auf diese gemeinsame Stellungnahme und erweitern deren Aussagen um einige für uns wichtige Themen und Empfehlungen.

Thema: Potentiale und Herausforderungen von Mitgliedsorganisationen

Zentrale Erkenntnis:

Gemeinnützige, demokratische Mitgliederorganisationen, die aus vielen lokalen Vereinen und Gruppen sowie aus deren Zusammenschlüssen auf regionaler und auf Bundesebene bestehen, sind weiterhin Triebfeder für eine solidarische und demokratische Gesellschaft. In ihnen können Menschen mit ihren Fähigkeiten Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen, Solidarität erfahren und Mitbestimmung ausüben. Dies gilt auch und gerade in Krisenzeiten, in denen Verbände wie die Arbeiterwohlfahrt schnell und flexibel reagieren und auf soziale Schieflagen aufmerksam machen. In den Verbänden wirken ehrenamtliche bürgerschaftlich Engagierte zusammen mit hauptamtlichen Beschäftigten, um eine starke Stimme für Gerechtigkeit und Teilhabe für alle Menschen zu bilden, um soziale Dienstleistungen von hoher Qualität zu erbringen und um Räume des Miteinanders und der Selbstwirksamkeit zu schaffen. Wohlfahrtsverbände wie die AWO bilden in diesem Sinne einen wesentlichen Teil der Engagementinfrastruktur in Deutschland.

Empfehlung 1: Die Unterstützung demokratischer Mitgliederverbände muss ein Bestandteil einer Engagementstrategie des Bundes sein. Um die großen Potentiale der Verbände zu fördern, mit denen sie gerade in Krisenzeiten ehrenamtliche Hilfen für in Not geratene Menschen mobilisieren und bündeln, bedarf es einer besonderen Anerkennung ihrer Leistungen. Als Teil der Freien Wohlfahrtspflege treten wir für dauerhafte und auskömmlich finanzierte Strukturen für Engagement ein. Engagement ist dabei in seinem kritischen Eigensinn anzuerkennen und darf nie dauerhaft staatliche Infrastruktur und Leistungen ersetzen.

Zentrale Erkenntnis:

Vielen Mitgliederverbänden und Vereinen fällt es zunehmend schwer, Menschen für die Vorstandsarbeit, für Funktionsehrenämter und langfristige Verpflichtungen zu gewinnen. In der

Engagementstrategie des Bundes | Stellungnahme Verbändebeteiligung

Arbeiterwohlfahrt wie auch in anderen traditionellen Verbänden müssen daher stellenweise Ortsvereine aufgelöst oder in neue Strukturen überführt werden. In den Verbänden finden auf allen Ebenen Strategiediskussionen und konkrete Umwandlungsprozesse hin zu zeitgemäßen Strukturen statt.

Empfehlung 2: Auch in den engagementpolitischen Programmen des Bundes gilt es eine angemessene Balance zu finden zwischen der Unterstützung „neuer“ Engagementformen und der Unterstützung einer behutsamen Anpassung etablierter Strukturen. Zentrale Richtschnur sollte sein, die demokratische Struktur von Organisationen zu erhalten und zu fördern, inklusives und selbstbestimmtes Engagement für alle Menschen zu ermöglichen und eine verlässliche, professionelle und rechtskonforme Erbringung von wichtigen Angeboten zu gewährleisten.

Empfehlung 3: Es liegt im Interesse des Bundes, die Transformationsprozesse der Verbände aktiv zu fördern und zu unterstützen, etwa durch Förderung von Organisationsentwicklung und begleitenden Forschungsprojekten, durch die Bereitstellung und Vernetzung von Expertise und Best-Practice-Beispielen und insgesamt durch eine langfristige finanzielle Unterstützung der Verbände.

Empfehlung 4: Um die Hürde in der Ausübung von ehrenamtlichen Funktionsämtern zu senken, muss der bürokratische Aufwand für bürgerschaftliches Engagement reduziert werden. Dies könnte u.a. durch die Erweiterung des Prüfauftrags des Normenkontrollrats und die Einbeziehung von Expert*innen aus gemeinnützigen Organisationen sowie durch eine Reform der Fördermittelvergabe erfolgen.

Empfehlung 5: Die bestehenden Programme zur Qualifizierung von ehrenamtlichen Vorständen und Funktionsträgern, beispielsweise durch die DSEE, sind auszubauen. Solche Schulungsprogramme müssen engagierte Mitglieder in ihrer Aufsichtsrolle stärken und sichern damit sowohl die Einhaltung rechtlicher Vorgaben (*good governance*) als auch den demokratischen Charakter der Verbände. Die finanziellen Mittel zur Engagementförderung müssen in angemessener Weise auch den vielen kleinen Vereinen und Organisationseinheiten als wichtiger Teil der Verbände zugutekommen.

Empfehlung 6: Die Engagementstrategie des Bundes sollte einen differenzierten Blick auf die verschiedenen Rollen von ehrenamtlich Engagierten in Verbänden werfen und die besondere Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen würdigen.

Empfehlung 7: Gerade in der Übernahme von Funktionsehrenämtern lassen sich nach wie vor besondere Hürden für Frauen, Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund feststellen. Die Engagementstrategie des Bundes sollte diese besonderen Förderbedarfe wahrnehmen und Organisationen dabei unterstützen, Beteiligungshürden abzubauen. Engagementförderung darf Ungleichheiten nicht verstärken, sondern sollte gerade auch Menschen in prekären Lebenslagen und die Gleichstellung aller Geschlechter fördern. Die Eingliederungshilfe muss auch für Menschen mit Behinderungen die Teilhabe am Engagement inklusiv gestalten.

Thema Engagement für Demokratie

Zentrale Erkenntnis:

Wohlfahrtsverbände wie die AWO übernehmen in der Gesellschaft eine wichtige integrative Funktion. Sie bieten Räume für Begegnung und Zusammenarbeit und leben den Respekt vor der Würde und Selbstbestimmung aller Menschen. Damit entstehen Begegnungen, Beziehungen und Vertrauen zwischen Menschen und Bevölkerungsgruppen, die andernfalls kaum in Berührung miteinander kämen. Die AWO tritt gegen die zunehmenden menschenfeindlichen Einstellungen, gegen populistische und rechtsextreme Positionen, Hate Speech und Verschwörungsmythen auf. Sie sieht sich hier in ihrer eigenen antifaschistischen und demokratischen Tradition in einer besonderen Verantwortung. Mit ihrem demokratischen Kompass und ihrer Integrationskraft haben Verbände wie die AWO damit eine besondere Bedeutung für die Zukunft der Demokratie.

Empfehlung 1: Die AWO setzt sich für ein demokratisches Miteinander im Rahmen der sozialen Arbeit ein, vor allem aber auch, indem sie das Engagement für und von Menschen fördert, Teilhabe ermöglicht, der Ausgrenzung von Menschen entgegentritt und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert. In diesem Sinne gehören für die Arbeiterwohlfahrt Engagement und Demokratie zusammen. Das Demokratiefördergesetz und die Demokratiestrategie der Bundesregierung müssen daher die Förderung von demokratischem bürgerschaftlichem Engagement angemessen berücksichtigen.

Empfehlung 2: Die Bundesprogramme „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und „Demokratie leben“ bilden einen wichtigen Rahmen auch zur Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement. Sie müssen fortgeführt und mit entsprechenden Haushaltsmitteln ausgestattet werden.

Empfehlung 3: In den Bundesprogrammen darf kein Misstrauen gegenüber zivilgesellschaftlichen Fördermittelempfängern im Sinne einer Extremismusklausel verbreitet werden.

Empfehlung 4: Diskriminierende und ausgrenzende Einstellungen und Verhaltensweisen finden sich leider auch innerhalb von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Im Rahmen der Engagementstrategie des Bundes müssen Demokratiebildung und Antidiskriminierungsarbeit in Bezug auf bürgerschaftliches Engagement eine besondere Berücksichtigung finden.

Empfehlung 5: Der starke Einsatz von zivilgesellschaftlichen Organisationen und ehrenamtlich Engagierten für geflüchtete Menschen ermöglicht soziale Integration, verstärkt die gesellschaftliche Resilienz und verteidigt demokratische Grundwerte. In der AWO findet dieses Engagement ehrenamtlich häufig in Form von Patenschaften statt. Das entsprechende Bundesprogramm „Menschen stärken Menschen“ muss – auch angesichts des aktuellen Anstiegs der Geflüchtetenzahlen – verstetigt werden.

Empfehlung 6: Der aktuelle Ziviz-Survey hat ergeben, dass ein Teil zivilgesellschaftlicher Organisationen klare politische Positionierungen scheuen, die über die in Satzungen festgelegten Zweck hinausgehen - aus Sorge um die steuerrechtliche Gemeinnützigkeit. Die angekündigte Reform des Gemeinnützigkeitsrechts ist dringend und umfassend umzusetzen, um allen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Engagierten ein demokratisches politisches Engagement zu ermöglichen.

Thema Engagement und Quartiersentwicklung

Zentrale Erkenntnis:

Engagement findet nach wie vor überwiegend im sozialen Umfeld der Menschen statt. Digitale und globale Transformationsprozesse mindern nicht die Bedeutung des Engagements in den Nachbarschaften und Quartieren. Engagement vor Ort fördert Begegnungen, Beteiligung, Selbstwirksamkeit und Integration und wirkt Einsamkeit und unerwünschter Isolation in allen Altersgruppen entgegen. Es bringt soziale Innovationen hervor und trägt zur Lebensqualität und zum Wohlbefinden der Menschen erheblich bei. Die Quartiersentwicklung ist ein wichtiger Rahmen dafür. Die AWO setzt bundesweit zahlreiche Quartiersprojekte um. Eine nachbarschaftlich engagierte Zivilgesellschaft trägt zu sozialem Zusammenhalt bei und ist eine wichtige Basis für gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland.

Empfehlung 1: Hauptamtliche Quartiersarbeit und ehrenamtliches Engagement gehen vor Ort Hand in Hand. Die Vernetzung und Kooperation mit lokalen Akteur*innen, der Kommune und den Bürger*innen sind neben der Entwicklung bedarfsgerechter Angebote und niedrighschwelliger Begegnungs- und Beteiligungsstrukturen wesentliche Aufgaben in der Quartiersarbeit. Damit die aktive Beteiligung der Bewohner*innen ermöglicht und bürgerschaftliches Engagement eingebunden werden kann, sind nachhaltige, hauptamtlich getragene Strukturen der Quartiersarbeit nötig. Diese bedürfen einer auf Dauer gestellten, auskömmlichen Finanzierung unter Beteiligung des Bundes und der Länder. Nur so lassen sich die wachsenden Herausforderungen in benachteiligten Quartieren und im strukturschwachen ländlichen Raum bewältigen.

Empfehlung 2: Für das quartiersbezogene Engagement gilt wie auch für die anderen Engagementbereiche und -themen mit regionalem und lokalem Bezug: Es muss endlich eine besser abgestimmte Engagementpolitik des Bundes und der Länder geben, in die auch die Perspektiven der Kommunen einfließen. Die Bundes-Engagementstrategie und die Engagementstrategien der Länder müssen komplementär ausgerichtet werden.